

LehrerIn und Gesellschaft



Interview mit Tanja Kreer

LehrerIn und Gesellschaft-Redakteur Franz Pöschl traf die Bürgermeisterin von Straßwalchen Tanja Kreer zum Interview und sprach mit ihr über ihre Arbeit als Bürgermeisterin, über anstehende Projekte und deren Herausforderungen.

Seiten 12–13



Die Krise ist eine Jahrhundertchance

Durch die Corona-Krise haben Schulen zwangsläufig digitales Neuland betreten. Wie sie von den dabei gewonnenen Erfahrungen profitieren und diese für ihre Entwicklung nutzen können, erklärt Bildungsforscher Michael Schratz.

Seiten 9–10



Gerd Spilka – Ein Portrait

Im Juni 2020 verabschiedete sich GÖD-Sekretär Gerd Spilka in seinen wohlverdienten Ruhestand. Über viele Jahre leistete er großartige Arbeit und stand uns allen stets mit Rat und Tat zur Seite.

Seite 14

Weiteres Interessantes in Ausgabe 185

- ▶ *Verhängnis Neoliberalismus*
- ▶ *Krisenmanagement*
- ▶ *Unsere Buchtipps: „Kapital und Ideologie“ und „Klima“*
- ▶ *Frauenhäuser vor Schließung*
- ▶ *Unterricht in Zeiten von Corona*
- ▶ *SPÖ Frauen*



Editorial



Der Neubeginn nach den Corona Maßnahmen im März und dem anschließenden „Halbe-Klassen-Unterricht“ im vorigen Schuljahr ist einerseits erfreulich, andererseits jedoch mit berechtigten Ängsten und den Fragen verbunden: Kann Covid-19 aus unserer Schule fern gehalten werden? Welche Konsequenzen hat das für mich, wenn ich angesteckt werden sollte?

Blauäugig und völlig unvorbereitet sind nicht nur Österreich, sondern eigentlich die ganze Welt in diese größte Krise seit den Atomkriegsgefahren des Kalten Krieges gestolpert. Die Regierungen rundum hatten keine Ahnung, was man braucht um die Bevölkerung zu schützen, Pamela Rendi-Wagner, die Seuchenexpertin, die gewusst hätte, wie man zu handeln hat, wurde von der Regierung gezielt fern gehalten. Der rasch eingeforderte und erreichte Zusammenhalt aller politischen Kräfte wurde ad Absurdum geführt durch die äußerst schlampige Formulierung der über Nacht vorgelegten Gesetzesvorschläge und Ausgangsbeschränkungen, die zur Schande der Regierung vom VfGH aufgehoben worden sind. Viel Tamtam in den Pressekonferenzen hat den Wirrwarr und die Orientierungslosigkeit im Gesundheitsministerium übertüncht. Ob die lange Dauer der völligen Schließung und Isolierung der Bevölkerung in den eigenen, engen Wohnungen der richtige Weg war oder ob es auch mit mehr Eigenverantwortung, wie in Schweden gegangen wäre, wird uns erst die Geschichte lehren, wenn die zweite oder dritte Welle vorüber sind.

Fürs Erste hat Österreich die Maseninfection (wie sie über die Lombardei hereingebrochen ist) gut abgewehrt. Die EU hat bewiesen, dass von einer „Union“ nur noch die

teure aber leere Hülle übrig ist, doch kein Zusammenhalt. Die Zahl der Covid-19-Toten blieb in Österreich viel geringer als in anderen Staaten. Doch solange eine wirksame und gefahrlose Impfung nicht in Sicht ist, müssen wir jederzeit mit dem Aufblühen neuer Superspreader rechnen. Einen neuerlichen Shutdown wird die Wirtschaft nicht zulassen und der Staat nicht verkraften. Die Konkurse, die durch den Stillstand ausgelöst wurden, wird man erst sehen, wenn die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen auslaufen. Die Versprechen, mit Massentestungen Klarheit zu schaffen, sind hohl geblieben. Lehrerinnen und Lehrer, die zwangsläufig mit vielen Kindern auf engem und im Winter geschlossenem Klassenraum zu tun haben, zählen zu den gefährdetsten Menschen. Die Salzburger Landtagsabgeordnete und Bereichssprecherin der SPÖ, Stefanie Mösl, hätte sich zusammen mit SPÖ Familiensprecherin, Karin Dollinger, für den Schulbeginn im Herbst eine rechtzeitige Planungssicherheit für Schulen gewünscht, doch selbst Anfang August, wenige Wochen vor dem Schulstart, musste man in Ungewissheit ausharren.

Sie finden in dieser Ausgabe den Erfahrungsbericht und die Reflektionen von Dietmar Plakolm im Covid-19-Lockdown und dem anschließenden zaghaften wieder Aufsperrn der Schulen. Der österreichische Erziehungswissenschaftler Michael Schratz sieht in dieser Krise eine Jahrhundertchance für alle Beteiligten an Schulen. Die Umstellung auf Fernunterricht war eine große Herausforderung für viele LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern. Im Allgemeinen verändert es maßgeblich die Lehrerrolle. „Jetzt geht es darum, aus den Erfahrungen zu lernen und sich die erforderlichen Kompetenzen anzueignen“, so Schratz im Interview mit dem Deutschen Schulportal, welches Sie in dieser Ausgabe nachlesen können.

Man vergisst sehr schnell, wie eine schwere Zeit chronologisch abgelaufen ist. Um Ihnen zu zeigen, wie chaotisch die Seuchenabwehr

durch das Gesundheitsministerium und die Länder zu nächst war, bringen wir auch einen Auszug aus dem bei Addendum erschienenen Buch „Corona Chronologie einer Entgleisung“.

In der Coronakrise hat die türkisgrüne Bundesregierung überraschend schnell Abstand vom neoliberalen Prinzip des Nulldefizites genommen. Für die VertreterInnen dieser Lehre sind staatliche Unterstützungsmaßnahmen ein absoluter Tabubruch. Franz Pöschl zeigt Ihnen in einem Kommentar, welche nachteilige Wirkung der Neoliberalismus auf das Leben der Mittelschicht und auf die ganze Gesellschaft hat. Während die Reichen jährliche Einkommenssteigerungen verzeichnen, müssen die unselbständig Tätigen immer mehr Leistung für dasselbe Geld bringen und die Steuerlast tragen. Diesem Themenkomplex widmet sich außerdem unsere Buchempfehlung, die wir jeweils in Zusammenarbeit mit der JBZ (Robert-Junk-Bibliothek) veröffentlichen. Wir empfehlen unter anderem Thomas Pikettys neues Werk „Kapital und Ideologie“. Piketty beschäftigt sich darin mit einem historischen Abriss und der Bedeutung von Ungleichheit. Die größte Ungerechtigkeit der Ungleichheit ist, dass gerade die Reichsten immer weniger Steuern zahlen.

Die SPÖ, also die Mutterpartei des SLÖ, hat in den letzten Jahrzehnten viele schwere Niederlagen erlebt. Wir fanden es daher wichtig, eine erfolgreiche Frau zu Wort kommen zu lassen und haben die Bürgermeisterin von Straßwalchen, Tanja Kreer, interviewt. Ihr ist es gelungen, in einer ehemaligen ÖVP-Hochburg Bürgermeisterin zu werden. Wie das gelang, sollte für alle Kandidatinnen und Kandidaten ein Vorbild sein. Interessant und lesenswert sind vor allem auch ihre Ansichten zu Schule und Bildung.

Bedauerndwert und aus diesem Grund von großer Relevanz ist die Situation zweier Frauenhäuser im Bundesland Salzburg. Diese steht mit Mitte 2021 die Schließung bevor, welche den Schutz bzw. die Betreuung von Frauen einerseits, aber auch die MitarbeiterInnen andererseits vor große Ungewissheit stellt. Lesen Sie dazu den Beitrag der SPÖ-Frauen.

Schließlich möchten wir in dieser Ausgabe noch den im Juni in Pension gegangenen GÖD-Sekretär, Gerd Spilka, würdigen. Er leistete über Jahre große Verdienste für unsere Bewegung, weshalb ihm ein besonders großes „Dankeschön“ auszusprechen ist.

Mag. Diana Rathmayr
Mag. Diana Rathmayr

Mag. Franz Pöschl
Mag. Franz Pöschl

INHALT VON AUSGABE 185

Editorial _____	2-3	Redaktionsschluss _____	13
ÖBV _____	3	Portrait Gerd Spilka _____	14
Unterricht in Zeiten von Corona _____	4-5	SPÖ-Frauen _____	15
Krisenbewältigung _____	6-8	Frauenhäuser vor Schließung _____	15-16
Impressum _____	8	Buchtipps „Kapital und Ideologie“ _____	16-17
Geburtstage _____	8	Buchtipps „Klima“ _____	17-18
SPÖ-Statement _____	8	Veranstaltung „Radtour Krimml“ _____	18
Michael Schratz über... _____	9-10	AK Salzburg _____	19
Verhängnis Neoliberalismus _____	11	Venedigerhof _____	20
Interview mit Tanja Kreer _____	12-13	Sprechstunden _____	20



Die klassische ÖBV
Lebensvorsorge

Tel. 059 808 | service@oebv.com
www.oebv.com

Träumen Sie Ihr Leben. Wir versichern Ihre Ziele.

- > Diese Lebensversicherung wächst mit Ihnen
- > Flexibel wie nie zuvor
- > Mit vielen Extras zum Schutz Ihres Kapitals

Informationen zu unseren Produkten finden Sie in den Basisinformationsblättern unter www.oebv.com/bib

Traum. Ziel. Leben. Mit meiner ÖBV.

Unterricht in Zeiten von Corona

Der überraschend schnelle Weg zum Home-Schooling – Gedächtnisprotokoll eines Lehrers



**Donnerstag,
12.3.2020:**

Am Abend lancieren die Medien die Nachricht, es gäbe im Bildungsministerium Überlegungen, dass ab Mittwoch der kommenden Woche die Pflichtschulen Österreichs als Schutzmaßnahme gegen Covid-19 geschlossen werden könnten.

Freitag, 13.3.2020:

In der 10-Uhr-Pause werden alle Lehrenden an meiner Schule gebeten, vorsorglich für jedes Fach Unterrichtsstoff für die kommenden 2 Wochen zusammenzuschreiben – es wäre wahrscheinlich, dass ab Mittwoch (18.3.) die Schüler zuhause bleiben müssten und die SchülerInnen sollten für diesen Zeitraum Wiederholungsstoff üben.

Montag, 16.3.2020:

In der Früh dieses Tages wird offiziell bekannt gegeben, dass **alle** SchülerInnen (und nicht nur jene der Sekundarstufe II) ab diesem Tag keinen Unterricht mehr in der Schule haben. – Zur Klarstellung: Die Unterrichtenden hatten somit weder Zeit noch Möglichkeit, die SchülerInnen auf den Lockdown vorzubereiten; das Wochenende sowie die ursprünglich vorhandenen 2 vollen Tage in der Folgewoche, die zum Vorbereiten auf einen zeitgemäßen Fernunterricht notwendig gewesen wären, fielen der überhasteten Schulschließung zum Opfer!

Erschreckend, wie achtlos seitens des zuständigen Ministeriums mit der Zukunft des Landes verfahren wird! Informationen: primär aus den Medien; Schulschließungen: ohne Vorbereitungsmöglichkeiten aller Beteiligten – ich kann dies nur als grob fahrlässig bezeichnen, war doch der Zeitplan für die Schulschließungen im Bildungsministerium schon Tage davor bekannt!!

Persönliche Erfahrungen mit Fernunterricht

Nach einer kurzen Phase des Einarbeitens (u.a. mit der Einführung von MS Teams) ist der Fernunterricht eigentlich überraschend gut gelaufen. Auch wenn die digitale Kompetenz der Lehrenden oft belächelt wurde: Hier gab es nach der Einführungsphase kaum Probleme, auch weniger Technik-affine Lehrpersonen kamen mit den technischen Herausforderungen sehr gut zurecht – alleine der Wille, den SchülerInnen daheim bestmögliche Unterstützung bieten zu wollen, ließen die Ängste vor der Technologie schmelzen! Aufgaben wurden via Homepage an die SchülerInnen verteilt (später dann auch mittels Teams), Chats und Konferenzen mit den KollegInnen liefen über Teams etc. Dazu gab es bei Bedarf kollegiale Unterstützung. Also: Was die Technik betraf, so war auf der Seite der Lehrenden alles ok. – Doch warum verwendete ich bei der Einleitung die Einschränkung „**eigentlich** gut gelaufen“?

Ein Grund ist bei den SchülerInnen zu finden: Hier gab es – zumindest im Bereich der APS – große Defizite in Bezug auf die technische Infrastruktur und auch bei der digitalen Kompetenz. Ja, auch alles was bisher über die Benachteiligung bildungsferner Schichten durch den Lockdown bekannt ist, das traf auch in meiner Wahrnehmung zu: Es kam zu einem starken Auseinanderdriften, das durch ein Motivationsloch nach Ostern/spätestens ab Anfang Mai 2020 noch verstärkt wurde.

Die zweite Einschränkung betrifft uns Lehrende. Unseren LehrerInnen fehlten sofort essenzielle Elemente des LehrerInnen-Daseins: „Echtes“ Unterrichten ist nicht nur das Bereitstellen von bestens aufbereiteten Aufgabenstellungen und deren Korrektur. Wir sind LehrerInnen geworden, weil wir den direkten persönlichen Kontakt mit den SchülerInnen suchen; weil wir das „Bad in der Klasse“ lieben; weil wir

uns im Präsenzunterricht auf unser Spüren verlassen können, wo die SchülerInnen gerade stehen, wo sie „hängen“, wenn sie persönliche Probleme haben und wie wir eventuelle Blockaden auflösen können; und weil wir den Kindern einen Weg fürs Leben aufzeigen möchten, der weit über den vermittelten Lehrstoff hinausgeht... All das ist beim Fernunterricht nur sehr eingeschränkt möglich, nicht zuletzt auch aufgrund des asynchronen Selbststudiums der SchülerInnen.

Digitale Infrastruktur in privaten Haushalten/digitale Kompetenz

Mein persönlicher Eindruck ist, dass die Privathaushalte von städtischen PflichtschülerInnen im März 2020 in Bezug auf die technische Infrastruktur wesentlich schlechter ausgestattet sind als dies 10 Jahre davor der Fall war! Es verfügen zwar alle SchülerInnen über einen Internet-Anschluss, Filme zu streamen und Zugang zu Social-Media zu haben. Aber nur in wenigen Haushalten befinden sich zum Zeitpunkt des Lockdown ein Notebook/PC oder gar ein Drucker (was in den 2000er-Jahren durchaus üblich war)! In manchen Haushalten wiederum müssen sich Eltern und mehrere schulpflichtige Kinder ein einziges Notebook teilen... Die Folge: Die vielen mühevoll und liebevoll ausgearbeiteten Arbeitsblätter können von den wenigsten SchülerInnen ausgedruckt und bearbeitet werden. Nein, sie werden – zumindest von den Engagierten – am Handy gelesen, auf Papier transkribiert und dann ausgearbeitet! Dies ist Realität in einer städtischen APS, im Gymnasium sieht die Ausstattung des Haushalts mit Computer etc. erfahrungsgemäß anders aus... Inwiefern die Ausstattung der PflichtschülerInnen mit Tablets ab Juni 2020 sinnvoll ist, möchte ich zu dem Zeitpunkt nicht beurteilen. Ich weiß nur, dass die wenigsten Arbeitsaufträge für interaktives Arbeiten am Tablet optimiert sind.

Erstaunlich waren auch die Beobachtungen der divergierenden

digitalen Kompetenz: Während ich am Gymnasium eine Gruppe von SchülerInnen mit Informatik-Schwerpunkt unterrichtete, die sowohl von der Infrastruktur als auch von der digitalen Kompetenz herausragend waren, waren die meisten Kinder an meiner APS absolut keine „digital natives“: Bereits das Versenden von Mails (mit bzw. ohne Anhang) oder das Fotografieren von eigenen Arbeiten und deren Versand stellte anfänglich für die meisten eine scheinbar unüberwindliche Hürde dar – auch Eltern ging es des Öfteren ganz ähnlich...

Dieser Kompetenzmangel führte allerdings auch zu netten Erlebnissen: Eine Kollegin berichtete, dass sie mittlerweile die Füße sämtlicher Kinder ihrer Klasse kenne! Die Kinder arbeiteten während des Home-Schoolings großteils im Pyjama und sendeten Fotos ihrer ausgearbeiteten Blätter zur Korrektur an uns Lehrende – am unteren Rand waren fast immer auch die Füße abgebildet. Schade, dass es die Sendung „Wetten dass...“ nicht mehr gibt ☺.

Wir Lehrenden mutierten in den Augen vieler Eltern nebenbei zu Wesen, die für alle technischen Probleme daheim zuständig zu sein schienen – einmal erreichte mich am Wochenende die dringende Bitte einer Mutter, ihre Notebook-Maus wieder sichtbar zu machen bzw. diese wieder herzuzaubern...

Unterrichten während COVID19 – überraschende Herausforderungen

Neben diversen technischen Herausforderungen und der Tatsache, dass der persönliche Kontakt in der Phase des strengen Lockdown unmöglich war, war für mich und viele weitere KollegInnen interessanterweise die Phase des eingeschränkten Präsenzunterrichts am anstrengendsten! Kurz vor Ostern 2020 funktionierte das Home-Schooling aus meiner Sicht als Vater eines schulpflichtigen Kindes und als Lehrer recht gut. Blauäugig keimte in mir die Hoffnung auf, dass sich nach dem Home-Schooling die meisten SchülerInnen nach der Schule

und auch nach dem „klassischen“ Präsenzunterricht sehnten. Kurz: Dem war nicht so! Die SchülerInnen waren an jenen Tagen, an denen sie in der Schule waren, unheimlich müde (ihr Schlaf-Wach-Rhythmus hatte sich verändert, sie gingen großteils an allen Tagen viel zu spät zu Bett; da nur jeden 2. Tag Präsenzunterricht war, behielten die Kinder diesen eher ferialen Modus bei). Und die allermeisten SchülerInnen waren kaum zu motivieren. Neben der erwähnten Müdigkeit war die Gruppenteilung dafür verantwortlich: Der Unterricht in den kleinen Klassen war zu meiner Überraschung nicht attraktiver, motivierender und effizienter! Den Kindern fehlten offensichtlich immer KollegInnen jener Klassenhälfte, die gerade daheim war. – Gruppendynamische Effekte dürfen also nicht unterschätzt werden!

Verfehlungen des Ministers und nachgelagerter Behörden

Auch mir ist klar, dass kein Verantwortlicher und Betroffener vorher mit einer ähnlichen Situation konfrontiert war. Dass in Krisenfällen nicht jede Aktion völlig durchdacht sein kann. Dennoch sind m.E. schwere, vor allem jedoch vermeidbare Fehler passiert:

Das Informationsmanagement des Bildungsministeriums war katastrophal – als Lehrer empfand ich dies als störend; als Schulleiter wäre ich jedoch verzweifelt! Einerseits gelangten viele Informationen nur durch die Medien zu uns (beim Minister erfreuten sich vor allem Pressekonferenzen am Wochenende größter Beliebtheit). Ich finde, dass wichtige Informationen direkt an die Betroffenen gelangen müssen, auch um den Wahrheitsgehalt zu gewährleisten!

Darüber hinaus war die Fülle an Mailings, die uns an manchen Tagen vom Bildungsminister bzw. den nachgelagerten Behörden erreichten, sehr groß. Das echte Problem war jedoch, dass sich die Inhalte häufig widersprachen...

Die Zumutbarkeitsgrenze überschritten m.E. die unzähligen

Aufforderungen, in denen wir Informationen bei Eltern einholen sollten. Die Fristen waren dabei meist so knapp bemessen, dass diese Aufgaben nur unter größtem Engagement und durch zahllose Kontaktversuche der Eltern (fast schon an Belästigung grenzend!) zu bewältigen waren...

Forderungen für eine 2. Welle von COVID19 – Tests, Tests, Tests

Als Lehrer, der altersmäßig knapp an der Risikogruppe vorbeischarmmt, ist mir Gesundheit am Arbeitsplatz sehr wichtig. Ich gebe auch zu, dass ich Sorge habe, im Winter, wenn die Fenster geschlossen sein müssen und viele Kinder erkältet in die Schule kommen und Husten und Niesen die Klassenzimmer regieren, an dem Virus zu erkranken! Für mich ist also sehr wichtig, dass keine Kranken in die Schule kommen.

Doch noch davor fordere ich verpflichtende Gratis-Tests aller ReiserückkehrerInnen rund um den Schulbeginn! Weiters müssen wir PädagogInnen in ein engmaschiges Screening-Programm aufgenommen werden, das Screening der SchülerInnen sollte mittels der Gurgeltests erfolgen! Und bei Verdachtsfällen muss rasch und kostenlos getestet werden!

In Anbetracht der Folgekosten von Schulschließungen einerseits oder schwerwiegenden Erkrankungen durch COVID19 andererseits erscheinen mir die Kosten von Tests minimal. Und nur über eine umfangreiche und lückenlose Testung werden auch im Herbst und Winter Schulschließungen zu verhindern sein! Darüber hinaus kann es nicht sein, dass sämtliche MitarbeiterInnen im Hotel- und Gastronomiebereich gratis getestet werden dürfen und dies dem österreichischen Bildungswesen verwehrt ist! Es ist Schande genug, dass die Baumärkte lange vor den Schulen aufsperrten durften! So viel sollte die Bildung, also die Zukunft des Landes, den heute Regierenden wert sein!

Autor: Dietmar Plakolm

Krisenbewältigung

Covid-10 Pandemie

Was geschah?

Wie bewältigte man die Krise?



Die über die Welt hereingebrochene Corona-Pandemie war die größte Herausforderung für die Regierungen in den letzten Jahrzehnten. Es war eine Situation, in der

die Regierenden auf keine früheren Erfahrungen zurückgreifen konnten und völlig im Nebel agierten.

Fakten: (Quelle: Michael Fleischhacker: Corona Chronologie einer Entgleisung; Addendum 2020)

November 2019, Wuhan, Mittelchina: Wildtiermarkt: Neben Füchsen, Schlangen, Wolfswelpen werden auch exotische Tiere wie Gürteltiere, Marderhunde oder Fledermäuse angeboten. Die Tiere werden in engen Käfigen gehalten, an Ort und Stelle geschlachtet und portioniert. Die Abfälle landen am Boden (New York Times).

8. Dezember 2019, Wuhan: Gehäufte Fälle mysteriöser Lungenerkrankungen. 27 Menschen aus dem Umfeld des Wildtiermarktes müssen im Krankenhaus behandelt werden. Die Informationen werden jedoch noch nicht an das Institut für Seuchenbekämpfung gemeldet.

27. Dezember 2019: Die Zahl der Notaufnahmen in Wuhan steigt enorm. Ärzte stellen fest, dass es ein „SARS-Coronavirus“ ist, an dem die Menschen erkranken. Die chinesische Zensurbehörde verbietet weitere Tests und lässt alle Veröffentlichungen über diese Krankheit löschen.

31. Dezember, Peking: Die chinesische Regierung informiert die WHO (UN-Weltgesundheitsorganisation) über 27 mysteriöse Fälle von Lungenkrankheit unbekannter Ursache. Eine Übertra-

gung von Mensch zu Mensch wird als unwahrscheinlich eingestuft. Den Ärzten Ai Fen und Li Wenliang, die im Internet vor der Seuche gewarnt hatten, werden Strafen angedroht.

9. Jänner 2020: Aus Wuhan wird der erste Covid-19 bedingte Todesfall gemeldet. Das ECDC (Frühwarnsystem der EU) verschickt seinen ersten Bericht an die EU-Staaten. Darin wird das Risiko für Reisende nach China „gering“ beurteilt.

13. Jänner 2020, Shanghai: Die Gensequenz des Virus wird auf eine internationale Datenbank hochgeladen. Somit können auch andere Staaten Corona-Tests entwickeln. Es gibt die ersten Fälle in Japan und Thailand. Die WHO lobt das rasche Handeln Chinas und veröffentlicht die chinesischen Protokolle, ohne sie nachzuprüfen. China beginnt weltweit, Schutzausrüstungen aufzukaufen.

20. Jänner 2020: China gibt erstmals zu, dass das Virus von Mensch zu Mensch übertragbar ist.

23. Jänner, Wuhan: Am Tag vor dem chinesischen Neujahrsfest, in dem alle zu ihren Familien heimfahren, wird Wuhan von der Außenwelt abgeriegelt. Es gibt schon zahlreiche Tote, die Krankenhäuser sind überlastet.

Europa:

24. Jänner 2020, Paris: Der erste Coronafall in Europa wird gemeldet. Ein Fischhändler aus Paris hatte sich bereits im Dezember auf einer Chinareise in Wuhan angesteckt.

26. Jänner 2020, Tirol: Bei einer aus Kühltai nach Deutschland zurückgekehrten Frau wird eine Corona-Infektion festgestellt. Die Tiroler Behörden werden verständigt. Der neu angebotene Gesundheitsminister Rudi Anschober verweist auf Anfrage darauf, dass er die Grippe als die größere Gefahr ansehe als Corona.

29. Jänner, Brüssel: Die EU aktiviert den Krisenmechanismus, doch die EU-Behörden haben keine Befugnisse in Länder einzugreifen. Die EU-Mitgliedsstaaten ignorieren die Warnungen. In den österreichischen Medien wird die in vielen Ländern Asiens verhängte Maskenpflicht als übertrieben und kontraproduktiv kritisiert. Dabei bezieht man sich auf Studien der WHO.

4. Februar 2020, Brüssel: Die EU-Staaten erklären der Kommission, dass sie gut aufgestellt sind und über genügend Corona-Testkits, Schutzausrüstungen und Intensivbetten zu verfügen.

15. Februar 2020: Medien schätzen das Risiko durch SARS2/ Covid-19 in Europa als sehr gering ein: <https://www.derstandard.at/story/2000114559107/virologe-zu-coronavirus-in-europa-im-moment-null-risiko-in>

16. Februar 2020, Wuhan: Erstmals besucht eine ausländische Delegation unter Führung der WHO Wuhan. Chinas Regierung hat binnen weniger Wochen ein Notkrankenhaus aufgebaut. Die WHO lobt Chinas Offenheit und rügt die USA und Europa wegen ihrer Reise- und Flugverbote nach China.

22. Februar, Wien: Die österreichische Regierung sendet zwei Flugzeuge mit Schutzausrüstung, Masken, Handschuhen und Desinfektionsmittel nach China.

25. Februar, Bergamo: Beim Champions-League-Spiel Valencia gegen Bergamo in Mailand sind 45.000 Zuschauer. Die drei Städte werden anschließend zu Hotspots der Seuche.

25. Februar, Innsbruck: Das Hotel Europa wird abgeriegelt, weil eine Rezeptionistin aus Italien und ihr Freund an Corona erkrankt sind.

28. Februar, Italien: Die Zahl der Infizierten steigt dra-

matisch, die Regierung ruft um Hilfe. Doch kein EU-Mitgliedsland sendet irgendeine Hilfe. Die Zahl der Toten steigt.

28. Februar, Gerlos: Eine deutsche Urlauberin im Hotel des NR-Abgeordneten Franz Hörl hat sich bei ihrem Neffen angesteckt. Der Arzt lässt die Ordination und Liftstation schließen. Die Amtsärztin des Bezirks lässt die Sperre nach wenigen Minuten wieder aufheben.

28. Februar, Wien: Auf Betreiben von Med-Uni-Rektor Müller werden zur Beratung der Regierung eine Taskforce und ein Beraterstab einberufen.

4. März, Tirol: Die isländischen Behörden erklären Ischgl offiziell zum Risikogebiet und verständigen Österreich, dass sich 14 isländische Touristen in Tirol infiziert haben. Island meldet genau, in welchen Hotels sich die Infizierten angesteckt hatten. Der Tiroler Landeshauptmann Platter meldet in einer Presseaussendung, dass Veranstaltungsabsagen nicht nötig seien, aber Vorsicht nötig sei.

7. März, Ischgl: Der Barkeeper des „Kitzloch“ wird positiv auf Covid-19 getestet. Das Lokal wird zugesperrt, desinfiziert und am Folgetag wieder aufgesperrt. Angestellte mit Krankheitssymptomen werden in Quarantäne entlassen.

8. März, St. Anton: Beim Ärztekongress für Sportmediziner stecken sich zahlreiche Ärzte an.

9. März, Norwegen: Die norwegischen Behörden informieren die Bundesregierung, dass sich norwegische Urlauber in Tirol angesteckt haben.

11. März, Wien: 246 bestätigte Covid-19-Fälle. Die Regierung kündigt die Schließung der Schulen und Kindergärten sowie weitere Einschränkungen des sozialen Lebens für die folgende Woche an.

Freitag, 13. März, Wien: Die Regierung kündigt weitgehende Ausgangsbeschränkungen und Schließungen ab Montag, 16. März, an.

Geschlossen werden viele Betriebe insbesondere Hotels und Gastronomie sowie die öffentlichen Verkehrsmittel, alle Geschäfte außer Apotheken und Supermärkte. Betriebe stellen auf Home-office um, soweit das möglich ist. Bereits am nächsten Tag beschließt das Parlament alle von der Regierung vorgeschlagenen „Lock-down-Maßnahmen“ inklusive der strengen Kontaktsperren, die später vom VfGH aufgehoben werden mussten, weil sie so schlampig formuliert waren.

Samstag, 14. März, Ischgl: Alle Lifte und Hotels werden geschlossen, die Gäste und das Personal werden aufgefordert, sich in Heimquarantäne zu begeben, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass sie infiziert sind. Gäste, deren Flug erst am Sonntag 15. Februar angesetzt ist, müssen sich noch in Innsbruck einquartieren und stecken dort das Personal an. Über mehrere Schiorte (Ischgl, St. Anton, Großarl etc.) wird eine Quarantäne verhängt. Diese Orte dürfen in den folgenden Wochen nicht mehr verlassen werden ohne behördliche Bewilligung.

Öffnen ist schwieriger als Sperren

30. März: Obwohl die Neuinfektionszahlen deutlich nach unten gehen, verkündet Bundeskanzler Kurz weitere Verschärfungsmaßnahmen und warnt, dass jede Person in Kürze jemanden kennen wird, die oder der an Covid-19 erkrankt oder verstorben ist.

3. April Höhepunkt der Pandemie: 11.224 bestätigte Fälle, 203 Todesopfer. Die Regierung kündigt weitere Verschärfung der Maßnahmen an: Ausgehverbote außer zu dringenden Erledigungen. Die befürchtete Überlastung der Spitäler – wie in Italien, wo das medizinische Personal ebenfalls massenhaft infiziert war – blieb in Österreich aus. Die Intensiv-Pflegebetten wurden nur zu 10 % benötigt.

21. April: Bundeskanzler Kurz kündigt Schulöffnungen an. Schichtbetrieb mit Maske

1. Mai: Die strengen Ausgangsbeschränkungen werden gelockert. Geschäfte dürfen ab 4. Mai wieder öffnen, Kunst- Kultur- und Sportveranstaltungen bleiben jedoch weiterhin verboten. Öffentliche Verkehrsmittel dürfen wieder benützt werden, sofern genügend Abstand gewahrt und die Maskenpflicht beachtet wird.

14. Mai: Gastronomiebetriebe dürfen wieder öffnen, jedoch dürfen nicht mehr als 4 Personen an einem Tisch sitzen und zu anderen Gästen muss eine Plexiglaswand eingebaut oder ein 1,5 Meter Abstand eingehalten werden.

29. Mai: Auch Beherbergungsbetriebe dürfen wieder aufsperrern.

Insgesamt hat Österreich bis August 2020 die Corona-Pandemie besser bewältigt als viele andere Staaten.

Andere Zugänge:

Schweden hat auf die eigene Vorsicht der Bevölkerung vertraut und keine Schließungen verordnet. Die Zahl der an Covid-19 Verstorbenen ist in Schweden etwa 5 Mal so hoch wie in Österreich.

Großbritannien hat zunächst auf das Erreichen der „Herdenimmunität“ gesetzt. Diese würde erreicht, wenn mindestens 60 % der Bevölkerung eine Covid-19-Erkrankung überstanden hätten. Nach dem rasanten Ansteigen der Todesrate und der Ansteckung von Premierminister Boris Johnson hat GB jedoch die Politik geändert und ebenfalls auf einen Shut-down aller Betriebe, Schulen und Einrichtungen gesetzt.

Analyse der geglückten Krisenbewältigung

Obwohl – wie der Addendum-Bericht zeigt – die Vorbereitung auf die Corona-Pandemie absolut chaotisch war und die Gefahr weltweit völlig unterschätzt wurde, ist der türkis-grünen Bundesregierung nach dem „Ischgl-GAU“ Anfang März die Eindämmung der Gefahr erstaunlich gut gelungen.

Hätten die Verantwortlichen die Signale an der Wand rechtzeitig richtig gedeutet gehabt, wäre der große Wirtschaftseinbruch besser abzufedern gewesen, die Ischgl-Schande vermieden worden und die Schulen hätten vielleicht nicht so plötzlich in das Loch gestoßen werden müssen. Der Grund für die mangelnde Vorbereitung in Österreich lag, wie Addendum analysierte, vor allem auch an der Zerschlagung der sicheren Strukturen im Gesundheitsministerium durch Hartinger-Klein aus politischer Kurzsichtigkeit.

Die Regierung Kurz-Kogler hat im Schock teilweise mit Verordnungen und Gesetzen den Lockdown erzwungen, die so schlampig verfasst waren, dass sie vom VfGH aufgehoben werden mussten. Die Bereitschaft der Bevölkerung, diese Maßnahmen mitzutragen, hat uns vor Zuständen wie in den USA oder Brasilien mit hunderttausenden Todesopfern bewahrt. Doch es ist anzumerken: Die Gefahr ist keineswegs gebannt. Das Virus wird uns noch lange bedrohen.

Jetzt, zu Beginn des schulischen Herbstes sind weiterhin viele Fragen offen: Was ist zu tun, wenn neue

Cluster auftreten? Eine neuerliche Vollschießung wäre eine Katastrophe für die betroffene Jugend. Wird die Regierung die Mittel bereitstellen für mehr und besseren Fernunterricht um die Präsenzphasen zu entlasten? Wird der Unterricht künftig generell mehr auf EDV-Geräte aufgebaut werden?

IMPRESSUM

*Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:
Die Zeitschrift „LehrerIn und Gesellschaft“ ist das Organ des Sozialdemokratischen LehrerInnenvereins Österreich – Landesgruppe Salzburg. Vierteljahresschrift. Nachfolge der „Freien Salzburger Lehrerstimme“ (1947–1974).*

*Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:
SLÖ-Landesgruppe Salzburg, Wartelsteinstr. 1,
5020 Salzburg; Mag. Dielmar Plakolm.*

*Redaktion:
Mag. Diana Rathmayr, BEd,
Email: diana.sagmeister@hotmail.com
Telefon: 0650 / 85 04 191
Weitere Redaktionsmitglieder:
SR Mag. Franz Pöschl, Ing. Stefan Pressnitz
BEd, BMA Gabriele Kaliba,
OSiR Prof. Dr. Herbert Wallentin*

*Layout: BD Gerhard Huber, BEd.
Email: gerhard.huber@lbs2.salzburg.at*

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung des SLÖ- bzw. BSA-Landesvorstandes entsprechen.

Druck: Salzkammergut Media, 4810 Gmunden.

*Verlags- und Herstellungsort:
Salzburg/Gmunden.*

GEBURTSTAGE

Die SLÖ Salzburg möchte jenen Mitgliedern Glückwünsche aussprechen, die in den Monaten Oktober, November und Dezember ihren Geburtstag begehen.

Zum runden Geburtstagsjubiläum dürfen wir herzlich gratulieren:

DOMINIK Horst, Prof.
HREBICEK Wilhelm, Schulrat
OBERASCHER Roland Mag.
BRANDAUER Maria
DUSCH Susanne
HANNESSCHLÄGER Otto
NICKA Willi
PROBST Harald, Dir.
STEINBERGER Irmgard
STOCKER Karl
ZENGER Evelyn
KLETTNER Klaus
MAYER Horst
NEATA Roswitha
STRASSER Manfred
WALKNER Ursula
DENK Michaela
HARTER Sabine, Mag.

SPÖ-STATEMENT

SPÖ forderte rechtzeitige Planungssicherheit für Schulbeginn

Nach Monaten der Unsicherheit und Schulschließung wussten Schülerinnen und Schüler, Eltern und das Lehrpersonal im August noch immer nicht, wie es ihm Herbst weitergehen wird.

Der Masterplan für den Schulbeginn im Herbst ließ auf sich warten. Wenige Wochen davor, war es völlig unklar, wie die Situation im September sein wird und auf was sich LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern vorbereiten sollten. Wieder einmal ließ man alle Beteiligten in ewiger Ungewissheit.

„Dass Anfang August noch immer kein konkretes Prozedere auf dem

Tisch lag, wie es im Herbst für die Schulen weitergeht, war belastend für alle Betroffenen. Bildungslandesrätin Hutter und Landeshauptmann Haslauer (ÖVP) hätten sich dafür einsetzen müssen, dass die ÖVP-geführte Bundesregierung zeitgerecht Pläne vorlegt, ganz im Sinne ihrer besonderen Verantwortung. Nur auf Ergebnisse vom Bund zu warten, wie Landesrätin Hutter dies machte, ist zu wenig“, so Stefanie Mösl.

„Die vergangenen Monate waren für Schülerinnen und Schüler sowie für ihre Eltern und das Lehrpersonal eine Zeit der Unsicherheit. Der Schulbetrieb wurde von einem Tag auf den anderen beendet, der Online-Unterricht war für viele belastend und selbst wenige Woche vor Schulbeginn wusste noch nie-

mand, was im Herbst passieren wird.

Alle Betroffenen hätten sich rechtzeitig Klarheit verdient!“, betont Mösl.

Für Familien sehr belastend

SPÖ-Familienprecherin Dollinger ergänzt: „Aus Sicht der Eltern bzw. der Familien war die Situation völlig unklar. Nach den Anstrengungen während des Lockdowns haben viele Eltern keinen Urlaub mehr und keine Möglichkeit für Homeworking. Ich hätte mir von der Landesregierung mehr Engagement erwartet, um Familien mit schulpflichtigen Kindern zu unterstützen.

Rückfragen:

Stefanie Mösl: +43 650 5519109
Karin Dollinger: +43 664 4085495

Michael Schratz über...

„Diese Krise ist eine Jahrhundertchance“



Michael Schratz, der auch Sprecher der Jury des Deutschen Schulpreises ist, regt an, den Digitalisierungsschub

zu nutzen und die Lehrerrolle zu überdenken.

Schulportal: Wie aus dem Deutschen Schulbarometer Spezial Corona-Krise – einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag der Robert Bosch Stiftung in Kooperation mit der ZEIT – hervorgeht, sehen zwei Drittel der befragten Lehrkräfte ihre Schule wenig oder schlecht auf die Corona-Krise vorbereitet. Dennoch geben 81 Prozent der Befragten an, dass sie mit der neuen Situation zurechtkommen. Ist das eine Anpassung aus Not, oder hat die Krise Lehrerinnen und Lehrer angeregt, neue Wege zu gehen?

Michael Schratz: Krisen setzen Routinen außer Kraft, und das macht erfinderisch. Menschen haben sich meist durch äußere Veränderungen weiterentwickelt, indem sie sich an die neuen Notwendigkeiten anpassen mussten. Diese Kontextsteuerung hat sich auch in der Corona-Krise gezeigt: Plötzlich sind die Schülerinnen und Schüler nicht mehr da, und die Lehrkräfte müssen trotzdem Unterricht machen. Das hat eine Inkubationsphase für Neues ausgelöst. Eine Fortbildungsveranstaltung hätte es nicht geschafft, Lehrkräfte plötzlich flächendeckend in den Modus zu bringen, Fernunterricht zu praktizieren.

Viele Lehrerinnen und Lehrer haben individuelle, kluge Lösungen zur Bewältigung der neuen Herausforderungen gefunden. Häufig fehlen aber Absprachen, und jeder arbeitet – wenn überhaupt – mit unterschiedlichen digitalen Systemen. Dadurch,

dass die meisten keine Erfahrungen mit dieser Situation haben, sind die Ansprüche allerdings auch nicht so hoch. Wenn die Lehrkräfte beispielsweise Arbeitsblätter über E-Mail an die Schülerinnen und Schüler senden und von diesen die Antworten zur Beurteilung zurückbekommen, zeigt sich darin zumindest ein gewisser Erfolg. Das ist allerdings noch kein Konzept und keine Könnerschaft, was digitale Unterstützung im Unterricht auszeichnet.

Krisen sind gute Auslöser, sie sind aber keine guten Lehrmeister.

Was muss passieren, damit sich daraus eine Könnerschaft entwickelt?

Krisen sind gute Auslöser, sie sind aber keine guten Lehrmeister. Die Expertise innovativen Unterrichts in einer Kultur der Digitalisierung ist schon viel weiter gediehen. Jetzt geht es darum, aus den Erfahrungen zu lernen und sich die erforderlichen Kompetenzen anzueignen. Diese Krise ist eine Jahrhundertchance.

Die Bereitschaft, diese Chance zu ergreifen, ist nach den Ergebnissen des Deutschen Schulbarometers vorhanden: In der Umfrage geben 69 Prozent der Lehrkräfte an, dass es an ihrer Schule einen Verbesserungsbedarf bei den Kompetenzen der Lehrkräfte gibt, mit digitalen Lernformaten zu arbeiten. Außerdem sagen 67 Prozent, dass sie die Schülerinnen und Schüler zukünftig stärker dazu befähigen wollen, mehr Verantwortung für ihren eigenen Lernprozess zu übernehmen. Wie hängt das mit der Corona-Krise zusammen?

Die Umfrage hat ja auch gezeigt, dass ein Großteil der Lehrerinnen und Lehrer versucht, das, was sie im klassischen Unterricht machen, auf den Fernunterricht zu übertragen. Zum Beispiel Arbeitsblätter scannen und an die Schülerinnen und Schüler verteilen. Das ist natürlich für alle Beteiligten sehr aufwendig, und es befähigt die Schüler nicht,

selbstständig zu arbeiten. Die Grenzen der Übertragung des analogen Unterrichts auf das digitale System werden hierbei offenkundig, denn der Fernunterricht verändert die Lehrerrolle.

Wie sieht diese neue Lehrerrolle konkret aus?

Im klassischen Unterricht wird das Verstehen an die Schülerinnen und Schüler delegiert. Die Lehrperson beurteilt, ob sie das Vermittelte verstanden haben oder nicht. Im Fernunterricht recherchieren die Schülerinnen und Schüler die neuen Inhalte selbst nach dem Konzept des „Flipped Classroom“. Die Lehrkraft unterstützt, gibt Orientierung und fördert die kritische Auseinandersetzung mit Wissen aus dem Internet.

Vielfach wird die Sozialisationsfunktion der Schule zu wenig gesehen, sondern nur die Qualifizierungsfunktion.

In der Umfrage geben viele Lehrkräfte an, dass sie sich ein gemeinsames Verständnis der Schule dafür wünschen, wie digitale Formate im Unterricht sinnvoll eingesetzt werden. Wie lässt sich ein solches Verständnis entwickeln?

Die digitale Transformation hat in Deutschland noch wenig Einzug in die Schulen gefunden, wenn man das mit der Durchdringung im Lebensalltag vergleicht. Die Chance besteht darin, den momentanen Digitalisierungsschwung zu nutzen und auf Basis der zum Teil mühevollen Erfahrungen ein digitales Konzept zu entwickeln. Die eigentliche Arbeit beginnt also erst jetzt.

Dabei müssen die Schulen klug überlegen, welche technische Ausstattung sie brauchen, mit welcher Plattform sie arbeiten wollen, aber auch, welche Möglichkeiten sie didaktisch nutzen wollen, damit alle Lehrerinnen und Lehrer die digitale Kultur in ihren Fächern für ihre spezifischen Zwecke nutzen können. Dazu gehört, dass die einzelnen Fachgruppen überlegen, welche In-

halte durch digitale Unterstützung besser als durch einen Lehrervortrag erarbeitet werden können. Das Konzept für die Digitalisierung sollte es ermöglichen, dass Schülerinnen und Schüler in ihrem eigenen Tempo arbeiten können und dabei sowohl gefördert als auch gefordert werden. Nach meinen Beobachtungen erleben Lehrende an Schulen, die bereits ein Gesamtkonzept dafür entwickelt haben, die gegenwärtige Situation

Paradox ist aber – so habe ich es von vielen Lehrkräften gehört –, dass sie trotz oder gerade aufgrund der Distanz eine persönlichere Beziehung zu einzelnen Schülerinnen und Schülern aufbauen konnten, als sie sie vorher hatten. Und zwar deswegen, weil sie im Fernunterricht viel stärker auf jeden Einzelnen eingehen müssen. Die veränderte Lehrerrolle kann sich also auch positiv auf das Lehrer-Schüler-Verhältnis auswirken.

stark von einem am Durchschnitt getakteten Unterricht geprägt sind, obwohl in den Jahrgängen ganz unterschiedliche Wissensstände und Leistungsunterschiede vorhanden sind.

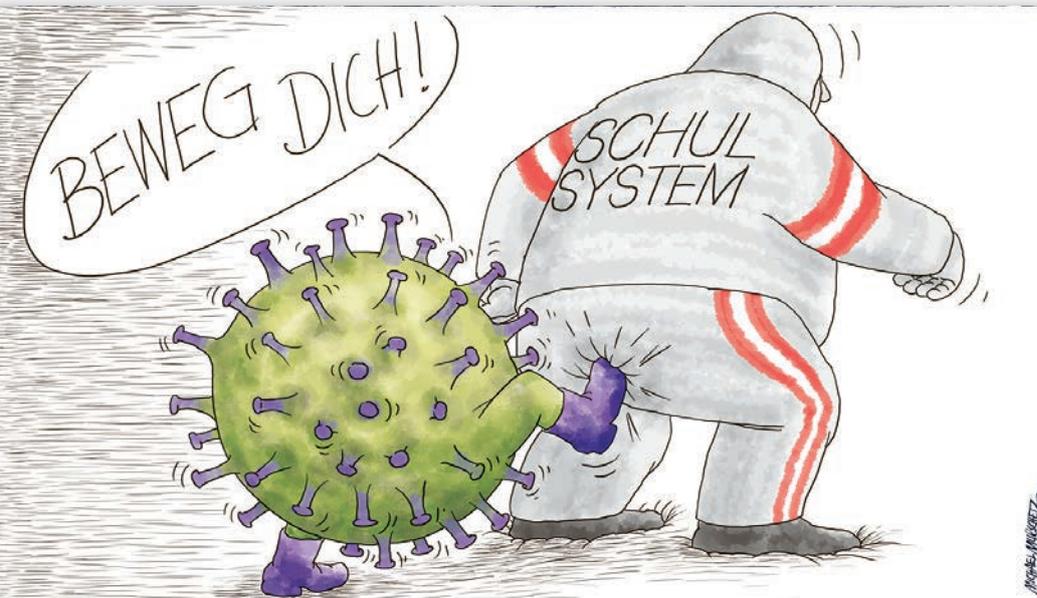
Die Konsequenz aus den Erfahrungen des Fernunterrichts könnte sein, stärker hinzuschauen, wo die einzelnen Schülerinnen und Schüler stehen, und sich stärker darauf auszurichten. Dazu brauchen Schulen mehr Flexibilität. Projektarbeit, jahrgangsübergreifender Unterricht, die Auflösung der klassischen Stundentafel, die Einbeziehung außerschulischer Lernorte – all das sind Aktivitäten, die hier wichtig sind. Wenn die Lehrkräfte sich nicht stärker an den jeweiligen Potenzialen der Lernenden ausrichten, dann wird es schwer, soziale Ungleichheit auszugleichen.

Sehen Sie eine Gefahr darin, dass die Schulen bei Wiederöffnung dort weitermachen, wo sie standen, als sie geschlossen wurden?

Alle sehnen sich jetzt nach der Schule zurück. Einerseits ist es gut, dass man schätzt, was man hat, andererseits ist es aber wichtig, dass man nicht wieder zum „business as usual“ zurückkehrt, wenn die Schulen wieder öffnen, sondern zunächst die Erfahrungen aufarbeitet. Der Austausch darüber, wie man die Krise erlebt hat, sollte im Vordergrund stehen – die Einzelerfahrungen der Lehrenden und Lernenden, die Erfahrungen der Lehrkräfte mit den Schülerinnen und Schülern sowie die Erfahrungen der Zusammenarbeit im Kollegium. Diese Erfahrungen von unten sind viel wirkmächtiger als eine Vorgabe von außen. Hier ist vor allem die Schulleitung gefragt, die das Thema Schulentwicklung zu einer gemeinsamen Mission macht. Nur so ist es möglich, die Jahrhundertchance zu ergreifen.

Quelle:

Das Deutsche Schulportal <https://deutsches-schulportal.de/schulkultur/corona-krise-das-deutsche-schulbarometer-diese-krise-ist-eine-jahrhundertchance/>



© Michael Murschetz 2020 für DER STANDARD

weniger krisenhaft. Der Rahmen eines gemeinsamen Konzepts gibt den Lehrpersonen und ihren Schülerinnen und Schülern in dieser Phase der Unsicherheit Halt. Er sorgt für Entlastung, weil sich alle in diesem System auskennen, bietet aber genug Freiraum, um zu experimentieren und eigene Wege zu finden.

Digitalisierung ist nicht alles. Die Corona-Krise macht auch klar, dass digitale Lernformate ihre Grenzen haben und den Sozialraum Schule nicht ersetzen können. Was lässt sich aus dieser Erfahrung für die Zukunft mitnehmen?

Das ist ein wichtiger Punkt: Vielfach wird die Sozialisationsfunktion der Schule zu wenig gesehen, sondern nur die Qualifizierungsfunktion. In der Corona-Krise ist spürbar geworden, was früher entweder als selbstverständlich angesehen oder was zu wenig wertgeschätzt wurde: dass Schule der Mikrokosmos für das gesellschaftliche Zusammenleben ist.

Im Unterricht gehen zwar auch viele Schülerinnen und Schüler verloren, aber dort nimmt man es nicht wahr, weil sie ja physisch im Klassenzimmer sitzen – auch wenn sie wenig vom Unterricht mitbekommen.

Die meisten Befragten glauben, dass die Schulschließung Auswirkungen auf soziale Ungleichheit hat. Welche Konsequenzen sollten Schulen daraus ziehen?

Im Fernunterricht wird sichtbar, was oft verborgen bleibt: Lehrkräfte haben manche Schülerinnen und Schüler beim Fernunterricht verloren, weil sie diese aufgrund fehlender Ressourcen über die Entfernung gar nicht erreichen können. Im Unterricht gehen zwar auch viele Schülerinnen und Schüler verloren, aber dort nimmt man es nicht wahr, weil sie ja physisch im Klassenzimmer sitzen – auch wenn sie wenig vom Unterricht mitbekommen. Das liegt daran, dass wir immer noch sehr

Verhängnis Neoliberalismus

Seit Ronald Reagan und Margaret Thatcher in den 1980er Jahren die Macht übernommen haben, hat die Ideologie des Neoliberalismus einen beispiellosen Siegeszug angetreten – mit verheerenden Folgen!

Neoliberales Denken wird durch zwei Lehrsätze bestimmt:

1. Der Markt regelt alles zum Besten. Staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen wie Schutzgesetze, Kollektivverträge und Beihilfen werden verteufelt, weil sie „dem Markt schaden“.

2. Der Staat muss so wirtschaften wie ein Unternehmer oder die berühmte „schwäbische Hausfrau“, also alle Schulden vermeiden und erst dann Geld ausgeben, wenn er genügend Geld gespart hat.

Beide Lehrsätze sind grundfalsch.

Den „Markt“ als unsichtbare gottgleiche Einrichtung gibt es nicht. Der neoliberale Marktradikalismus führt zu extremen Einkommens- und Vermögensunterschieden. In dieser Hinsicht hatte Karl Marx recht: Der Mittelstand verarmt, einige Konzerne dagegen häufen unvorstellbare Reichtümer an. Die Verarmung breiter Schichten durch ständigen Lohndruck führt zur Vernichtung von Kaufkraft, also zum Schrumpfen der Nachfrage. Diese Entwicklung hat letztlich auch zur Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten geführt, weil die verarmte weiße, ehemals wohlhabende Arbeitnehmerschaft sich von der neoliberalen Politik der Vorgänger Trumps vernachlässigt fühlte. Während die Konzerne Jahr für Jahr Supergewinne schrieben, griff in vielen Teilen des Landes Verelendung durch Arbeitslosigkeit um sich. Verarmte Menschen können sich nichts leisten. Die Reichen dagegen, auf deren Konten die Vermögen abgesogen werden, können die Schrumpfung der Nachfrage nicht kompensieren, weil sie keine Verwendung für noch mehr Güter haben. Zwangsläufig schrumpft der Markt.

Die Reichen verwenden ihre Gewinne nicht für Arbeitsplätze und Investitionen sondern spekulieren auf Finanzgewinne. „Geht’s der Wirtschaft gut und besser, dann geht’s der Bevölkerung schlecht und schlechter“, muss man den bekannten Slogan der Wirtschaftskammer korrigieren.

Hohe Verschuldung des Staates hat schon seit dem Mittelalter immer wieder zu verheerenden Wirtschaftskrisen und galoppierendem Kaufkraftverlust (Inflation) geführt. Es ist anerkennenswert, dass die Volkswirte heute solche Entwicklungen mit allen Mitteln zu verhindern trachten indem sie die staatlichen Kreditaufnahmen streng kontrollieren. Doch es gibt Situationen, wo Schuldenmachen klug ist, weil es die gesamtwirtschaftliche Situation verbessert.

Schulden sind sinnvoll:

Es war John Meynard Keynes, der in den 1930er Jahren in Großbritannien lehrte, dass es in einer Wirtschaftskrise völlig verkehrt ist, wenn der Staat auf Teufel kommr aus spart. Der New Deal in den USA von Präsident Franklin D. Roosevelt hat den USA einen großen Aufschwung aus der Krise beschert, während gleichzeitig die Sparpolitik der Schuschnigg-Regierung die österreichische Arbeitnehmerschaft in großes Elend gestürzt hat, was 1938 im großen Jubel für Hitler endete. In der Krise muss der Staat mehr Geld ausgeben als er einnimmt, das hat sogar die neoliberal dominierte EU in den Krisen 2008/09 und 2020 eingesehen.

Wenn durch Kreditaufnahme Chancen auf künftige Mehreinnahmen eröffnet werden, dann sind Staatsschulden sehr produktiv. So hat in den 1970er Jahren Bruno Kreisky mit seinen Staatsschulden die Infrastruktur der Krankenhäuser, Straßen, Autobahnen, Universitäten, Schulen, Eisenbahnen und das Telefonnetz modernisiert. Der enorme wirtschaftliche Aufschwung (die „Überholspur“), den Österreich zwischen 1970 und 1990 genommen hat, ist auf die vorausschauenden

Kreditaufnahmen Kreiskys zurückzuführen. Während einerseits die Staatsverschuldung gestiegen ist, hat sich andererseits das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger so enorm gesteigert, dass es ein Leichtes gewesen wäre, die Schulden zurückzahlen. Doch das war nie nötig, denn die Rückzahlung der Staatsschulden hätte die Nachfrage gedämpft und die Konjunktur geschwächt, also der Wirtschaft geschadet. Man kann sagen, die Staatsschulden waren durch die Vermögenszuwächse der Bevölkerung gedeckt. Wer heute die SPÖ als „Schuldenmacherpartei“ verunglimpft, gibt einen starken Beweis für seine Ignoranz der wesentlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge von sich.

Schuldenaufnahme in der COVID-19-Krise von 2020

Es war durch die Corona-Pandemie, dass der türkis-grünen Regierung Kurz+Kogler klar wurde, dass eine neoliberale Politik in dieser Krisenzeit verhängnisvoll wäre. Aber an einer dauerhaften Einsicht der Kurztruppe, dass der Staat nicht wie ein schwäbischer Haushalt zu führen ist, ist zu zweifeln. Vermutlich wird sie schon bald wieder an der nötigsten Infrastruktur sparen. Eine Sparpolitik, wie sie ab 2010 den Griechen aufoktroiert wurde, würde dem Markt dauerhaften schweren Schaden zufügen und würde bei uns genau wie in Griechenland die Staatseinnahmen dramatisch schrumpfen lassen, also die Krise noch verschärfen. Denn für die Konkurrenzfähigkeit entscheidend sind Bildung und Infrastruktur. Wird daran gespart, verliert die Wirtschaft Marktanteile.

Die aufgenommenen Schulden können im positiven Fall durch ein starkes Wachstum abgebaut werden, im Negativen durch eine Inflation. Lasst uns auf den positiven Fall hoffen, der erreichbar ist, wenn unsere Jugend besser ausgebildet ist und leistungsfähiger als die der Konkurrenz.

Autor: SR Mag. Franz Pöschl

Interview mit Tanja Kreer

Erfolgreich in Straßwalchen: Bürgermeisterin Tanja Kreer

Es war ein besonderes Fest, als bei der sonst für die SPÖ sehr durchwachsen ausgefallenen Gemeinderatswahl 2019 die schwarze Hochburg Straßwalchen an die SPÖ-Kandidatin Tanja Kreer ging. Wer ist diese starke Frau und wie denkt sie? L&G Redakteur Franz Pöschl stellt sie hier vor:

Tanja Kreer ist eine junge, attraktive Frau (39), verheiratet und Mutter von 2 Kindern (5 und 10 Jahre). Sie hat nach einer Lehre als Optikerin von 2004 bis 2019 in der SPÖ-Partei-Zentrale in Salzburg gearbeitet und kennt die Politik von allen Seiten.

Franz Pöschl: Was war wesentlich für deinen Erfolg bei der GV-Wahl 2019?

Tanja Kreer: Ausschlaggebend waren die vielen persönlichen Kontakte – Besuch aller Haushalte, Tätigkeit in den vielen Vereinen. Außerdem bin ich seit 15 Jahren in der Gemeindepolitik tätig, was mir Gelegenheit gab zu vielfältigen Begegnungen. Die Wähler schätzen den persönlichen Kontakt, sie wollen mit ihren Anliegen gehört und ernstgenommen werden.

Welche Projekte sind in Straßwalchen aktuell?

Aktuell sind der Neubau der Feuerwehr-Zeugstätte und des Kindergartens mit insgesamt € 6,2 Mio zu stemmen.

Man hört, dass den Gemeinden durch Corona die Einnahmen wegbrechen. Wie steht es damit in Straßwalchen?

Ja, das stimmt: Sowohl die Bundesertragsanteile als auch die Kommunalsteuer werden die budgetierte Höhe nicht erreichen. Genaues kann ich noch nicht absehen. Im nächsten Jahr werden auch die Sozialausgaben steigen, wobei die Einnahmen weiterhin sinken werden. Wie das zu lösen ist, ist noch nicht klar, das trifft auf alle Gemeinden zu.

Wie sind deine Erfahrungen als Bürgermeisterin?

Ich erlebe es sehr positiv. Meine Arbeit wird von den Bürgerinnen und Bürgern sehr geschätzt. Ich helfe allen, die mit ihren Anliegen an mich herantreten. Parteipolitik hat in der Gemeindegarbeit keinen Platz.

Während du in Straßwalchen Erfolg hast, kommt die SPÖ in Land und Bund nicht aus ihrer Krise. Wo siehst du das Problem?

Die SPÖ hat viel zu lange an ihren tradierten Strukturen und Positionen festgehalten. Diese kommen bei den Wählern heute nicht mehr an. Aber mit David Egger als neuem Vorsitzenden formiert sich gerade ein neues Team, das mit großem Schwung wieder viel besser auf die Bedürfnisse der Wählerschaft eingehen wird.

Während fast alle Gemeinden dem vor allem von der SPÖ geforderten Projekt Hallenbad in Seekirchen positiv gegenüberstehen, ist die Gemeindevertretung von Straßwalchen bisher dagegen.

Lehrerinnen, Lehrer und Eltern wünschen sich das Hallenbad Flachgau um den im Lehrplan vorgesehenen Schwimmunterricht zu ermöglichen. Außerdem hat Schwimmen für alle einen hohen gesundheitlichen Wert. Wir werden gemeinsam mit den Verantwortlichen im Land versuchen, sowohl die ÖVP als auch die Liste Straßwalchen von der Bedeutung des Hallenbades zu überzeugen. Es geht hier nicht nur um die Gesundheit, sondern auch um ein attraktives Freizeitangebot für die Bevölkerung.





©Feuerwehr Strasswalchen

Wie steht es mit den Schulen in Strasswalchen?

Straßwalchen ist ein Schulort. Wir haben ein BORG, das einen sehr guten Ruf hat, eine Mittelschule und drei Volksschulen. Mir ist es ein großes Anliegen, die Schulen bestens auszustatten, denn gute Ausbildung der Kinder ist entscheidend für unsere Zukunft.

Der SPÖ war stets die Ganztagschule ein Anliegen. Ganztagschulen sind aber nicht denkbar in den üblichen Klassenräumen. Wie steht es damit in Strasswalchen?

Ganztägiger Schulbesuch ist möglich, wünschenswert aber nicht verpflichtend. Wir haben ein sehr großzügiges Raumangebot in der schulischen Nachmittagsbetreuung mit großem Garten und Freizeit-/Sportbereich. Vom großzügigen Außenbereich profitiert die VS Strasswalchen sehr. Sehr stolz bin ich, dass die VS Strasswalchen zur MINT-Schule erklärt worden ist. Wir haben sie sehr gut technisch ausgestattet. Es gibt an allen Schulen Strasswalchens, auch in Irrsdorf und Hochfeld, Whiteboards. Wir konnten die Schließung der VS Hochfeld abwenden und sind damit sehr glücklich, weil der Bedarf ständig wächst.



Für eine VS-Klasse haben wir eine komplette Ausstattung mit Tablets, auch in der Mittelschule wurden alle Klassen mit Whiteboards ausgestattet. Ich leite selbst den Bildungsausschuss für Schule und Kindergärten, weil mir an bester Bildung unserer Kinder sehr viel liegt. Ich kann auch auf eine sehr gute Zusammenarbeit mit allen Direktorinnen verweisen.

In welche Schulen gehen deine Kinder?

Mein Sohn kommt im Herbst in die Mittelschule, meine Tochter geht noch ein Jahr in den Kindergarten und dann in die Volksschule. Ich habe mich bewusst dafür entschieden, ihn in die Mittelschule zu schicken.



Kinder sollen ihre Kindheit genießen und ausleben können. Sowohl ich als auch mein Mann haben nach der Hauptschule eine Lehre absolviert. Wir sind überzeugt, dass dieser Bildungsweg ein sehr guter ist. Man hat auch nach Mittelschule und Lehre alle Möglichkeiten offen. Kinder sollen nach ihrem Leistungsniveau in die Schulen geschickt werden und nicht nach den Wünschen und Vorstellungen der Eltern.

Vielen Dank für dieses Interview und weiterhin viel Erfolg.

AUSGABE 186

REDAKTIONSSCHLUSS

für die **Ausgabe 186:**
13. November 2020

Beiträge erbeten an:

Mag. Diana Rathmayr, BEd
diana.sagmeister@hotmail.com
Telefon: 0650 / 85 04 191 oder

gerhard.huber@lbs2.salzburg.at

Portrait: Gerd Spilka

Gerd Spilka hinterlässt große Fußstapfen

GÖD-Sekretär der FSG, Gerd Spilka, ging mit Ende Juni 2020 in Pension. Er trat die Nachfolge von Fritz Brunner an und übte diese Tätigkeit seit Jänner 2003 mit unermesslichem Einsatz und großer Umsicht aus. Für viele Funktionärinnen und Funktionäre der GÖD-Landesleitungen war er die wichtigste Ansprechperson bei schwierigen Fragen und Anliegen. Gerd unterstützte in seiner Funktion insgesamt vier FSG-Vorsitzende (GÖD-Vorsitz-Stellvertretende): Willi Pözl, Franz Kühberger, Walter Scharinger und schließlich Walter Deisenberger.

Als Funktionär in einer Landesleitung wird man immer wieder mit Fragen konfrontiert, die nur selten bei GÖD-Schulungen behandelt werden und für deren fachgerechte Beantwortung man lange die Gesetze studieren muss. Neben der Berufsalltagsarbeit fehlt dafür einfach die Zeit. Der Ausweg war stets, Gerd anzurufen. Er fand für jedes Problem

eine schnelle Lösung und vermittelte die Kontakte zu den richtigen Ansprechpersonen. Auf diese Weise hat er nicht nur mir sondern sehr vielen FSG-Leuten aus der Patsche geholfen.

werden. Auch hier kam Gerd Spilka eine Schlüsselrolle zu. Er stellte stets sein Wissen und Engagement zu Verfügung. Selbst in seinem Urlaub war er stets erreichbar, wenn man vor Herausforderungen stand, an denen man selbst glaubte, zu scheitern. Gerd verstand es, stets seinen Humor zu bewahren, während andere befürchteten, dass es nicht mehr weitergeht.

Gerd organisierte nicht nur die äußerst informativen und aufbauenden FSG-Schulungen sondern auch viele Sitzungen des Erweiterten Landesvorstandes der GÖD. Durch seine kompetente, freundliche Art half er nicht nur den eigenen Leuten, sondern er war das wichtige Bindeglied im Landesvorstand bzw. zwischen den einzelnen ÖGB-Sektionen.

Im Namen aller GewerkschafterInnen, denen du geholfen hast, sagen wir dir „Danke“. Wir alle wünschen dir Gesundheit und ein langes erfülltes Leben in deinem wohlverdienten Ruhestand.

SR Mag. Franz Pöschl



2013, nach dem Ausscheiden der SPÖ aus der Landesregierung, trennte sich insbesondere in der Lehrerschaft der Spreu vom Weizen. Die SLÖ/FSG-Gruppe drohte im Nirwana zu versinken. Zahlreiche ehemals führende Funktionäre wollten mit unserer Bewegung plötzlich nichts mehr zu tun haben. Sie hielten dem rauen Gegenwind nicht stand. Rot schien tabu! Es blieb nur eine kleine Gruppe, die den Wiederaufbau vorantrieb: Herbert Wallentin, ehemaliger Chefredakteur von L&G, Manfred Kastner, Landesschulinspektor für Berufsschulen und Mitinitiator der Zusammenarbeit der Lehrersektionen: Thomas Schiendorfer, Direktor der NMS-Nonntal, Renate Blachfellner, Direktorin der NMS Werfen und Herbert Inselebacher, Fraktionsvorsitzender der Berufsschule.

Sie fanden neue Leute, die bereit waren, in der Fraktion aktiv zu



SPÖ Frauen

Große Begeisterung für David Egger: Der neue Chef der SPÖ Salzburg zu Besuch bei den Frauen

Die SPÖ Frauen Salzburg luden am 6. Juli abends ins Parkhotel Brunauer in Salzburg zum gemütlichen „Come Together“ mit David Egger ein. Dem neuen Salzburger SPÖ-Chef war es ein besonderes Anliegen, sich bei erster Gelegenheit mit der sozialdemokratischen Frauenorganisation zu treffen und gemeinsam Themen zu besprechen, die für Frauen besonders relevant sind.

In einem sehr konstruktiven Gespräch zeigte sich Egger dankbar für die Anregungen und das Hervorheben bestimmter Themen. So war beispielsweise gerade zur Corona-Krise einiges noch verstärkt worden, was die oft prekäre Arbeits- und Familiensituation speziell von Frauen betrifft. Vor allem die schlech-



te Bezahlung der Pflegekräfte, der fehlende fachliche Nachwuchs, der dadurch eben kaum angelockt werden kann, und die familiären Probleme durch das Homeschooling im Allgemeinen waren Punkte, die bis spät in den Abend hinein diskutiert wurden.

David Egger ist, wie die Frauen gleich feststellten, ein sehr guter Zuhörer, der Themen damit auch

„mitnehmen will“, wie er betonte. Der neue Parteivorsitzende möchte viel im gesamten Land unterwegs sein und sich wie hier mit den Frauen auch mit vielen anderen Organisationen treffen. „Durchs Reden kommen d’Leut’ zam“ ist auch für Egger eine Vorgehensweise für die Politik, die er schon als Vizebürgermeister von Neumarkt/Wallersee immer gepflegt hat.

Frauenhäuser vor Schließung

Frauenhäuser Salzburg und Hallein schließen Mitte 2021: Betreuung und Schutz von Frauen danach ebenso unklar wie Zukunft der Mitarbeiterinnen

Landesrätin Klambauer (NEOS) trat mit ihrem Vorhaben, die Führung der beiden Frauenhäuser in der Stadt Salzburg und in Hallein EU-weit auszuschreiben, zu Jahresbeginn ohne jegliche Vorwarnung der Frauenhäuser selbst an die Öffentlichkeit. Eine erste Welle der Empörung umfasste daher nicht nur die beiden Frauenhäuser und andere Fraueneinrichtungen, sondern auch diverse ExpertInnen und alle Parteien abseits der NEOS. Warum dies nach jahrzehntelanger Tätigkeit sein sollte, konnte Klambauer bis heute nicht erklären, sie ließ nur wissen, dass ihr die Zusammenarbeit mit den bisherigen Leiterinnen zu mühsam ist und verunglimpft deren Leistung ebenso wie NEOS-VertreterInnen im Nationalrat.



Bild, von links: Doris Weissenberger, die Leiterin vor ihrem Halleiner Frauenhaus mit SPÖ-Frauen bei Besuch und Gutscheinübergabe (Ingrid Zimmerling, Stephanie Posch, Bettina Brandauer, Karin Dollinger)

Sogar die FPÖ stellte sich gegen die Ausschreibung und brachte am 4. März 2020 einen entsprechenden dringlichen Antrag im Landtag ein, der allerdings dann doch nur von der SPÖ unterstützt wurde, was aber leider keine Mehrheit brachte.

Seither hielten sich die Grünen und die ÖVP hinsichtlich der Ausschreibungsthematik zurück – Klambauer schrieb EU weit aus. Dies alles, obwohl inzwischen Corona andere Prioritäten setzte und zu erwarten war, dass sich der Andrang auf Frauenhausplätze durch die steigende Gewaltbereitschaft in Coronazeiten extrem erhöhen würde.

Inzwischen ist Klambauer bei Stufe zwei ihrer Ausschreibung, bei der ersten Stufe bewarben sich fünf Institutionen. Die bisherigen beiden Frauenhäuser werden nur mehr bis Ende Juni 2021 gefördert und in weiterer Folge wird der Gewinner der Ausschreibung zu anderer Zeit an anderen Orten wieder Frauenhausplätze anbieten – was Klambauer

auch schon angekündigt hat, ist, dass es womöglich nur mehr ein Standort sein wird und jedenfalls weniger Hochsicherheitsplätze.

Frauenhäuser gibt es in Österreich seit 40 Jahren, eine Ausschreibung dazu bisher noch nie. Das brachte extreme Unruhe nicht nur in die beiden Frauenhäuser selbst, sondern verunsicherte viele Frauen österreichweit. Entsprechende Stellungnahmen und Presseaussendungen von einschlägigen ExpertInnen und PolitikerInnen bis hin zu Gabi Heinisch Hosek (ehemalige Frauenministerin der SPÖ) ergingen, leider bisher ohne Erfolg. Ab Ende Juni 2021 müssen die Frauenhäuser Salzburg und Hallein dichtmachen. Das Land schießt kein Geld mehr zu. Was mit schutzbedürftigen Frauen danach geschieht ist weiter unklar.

Ebenso blieb Klambauer bisher die Antwort darauf schuldig, wie die bisherigen 30 MitarbeiterInnen weiterbeschäftigt werden können, ohne dass ihnen arbeitsrechtliche Nachteile entstehen.

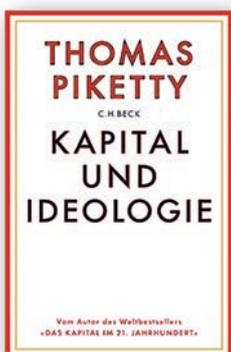
Auch die von Klambauer angestrebte Lösung für das Frauenhaus Pinzgau – es soll in einer Wohnsiedlung in Saalfelden untergebracht werden – stieß bereits auf viel Kritik, unter anderem durch einen Kriminalpolizisten mit langjähriger Erfahrung. Der Polizist wies darauf hin, dass es unmöglich ist, den Nachbarn des Frauenhauses so viel Zivilcourage abzuverlangen, dass diese im Falle von gefährlichen Situationen eine Schutzfunktion einnehmen. Auch braucht es Transparenz, was die Mitbewohnerinnen und Mitbewohner der Siedlung anlangt. Alle, die im selben Haus einziehen, müssen aufgeklärt werden.

Weil Klambauer auch beim Frauenhaus Pinzgau keine Informationen preisgibt, muss befürchtet werden, dass dort die Sicherheitsbestimmungen nicht nur für die untergebrachten Frauen, sondern auch für die BewohnerInnen im selben Siedlungshaus bzw. in der Siedlung ungenügend sein werden.

Unsere Buchtipps

In jeder Ausgabe von *LehrerIn und Gesellschaft* wählt Franz Pöschl ein Buch aus, das auch die Redaktion der *Salzburger Zeitschrift proZukunft* empfiehlt.

proZukunft ist das Magazin der politisch unabhängigen Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen. proZukunft liefert kompakte Zusammenfassungen der wichtigsten Neuerscheinungen von gesellschaftlich relevanten Büchern. Mehr unter www.jungk-bibliothek.org



„Kapital und Ideologie“
von Thomas Piketty

Thomas Piketty hat ein neues Buch vorgelegt. Es heißt *Kapital und Ideologie* und untersucht, wie Ungleichheiten in

Vergangenheit und Gegenwart gerechtfertigt wurden und werden.

Pikettys Buch ist eine historische Darstellung. Der Autor verwendet sehr viel Zeit und Raum darauf, die soziale Ungleichheit in verschiedenen Perioden zu dokumentieren. Der Kern dabei ist aber stets, zu zeigen, mit welchen Argumenten, Erklärungen diese Ungleichheiten gerechtfertigt wurden.

Wenn man die in der Vergangenheit erworbenen Eigentumsrechte und ihre Ungleichheit zu hinterfragen beginnt, und dies im Sinne eines respektablen Begriffs von sozialer Gerechtigkeit, der unausweichlich immer unvollkommen definiert und akzeptiert wird, nie einen völligen Konsens hervorbringen wird, riskiert man dann nicht, dass unklar bleibt, wann dieser gefährliche Prozess zu stoppen wäre? Riskiert man nicht, geradewegs auf politische Instabilität und dauerhaftes

Chaos zuzusteuern, was letztendlich größeren Schaden bedeutet? (vgl. S. 167)

„In den heutigen Gesellschaften übernimmt diese Rolle vor allem die proprietaristische und meritokratische, den Unternehmergeist beschwörende Erzählung: Die moderne Ungleichheit ist gerecht und angemessen, da sie sich aus einem frei gewählten Verfahren ergibt, in dem jeder nicht nur die gleichen Chancen des Marktzugangs und Eigentumserwerbs hat, sondern überdies ohne sein Zutun von dem Wohlstand profitiert, den die Reichsten akkumulieren, die folglich unternehmerischer, verdienstvoller, nützlicher als die anderen sind.“ (S. 13)

Piketty bringt die Abfolge dieser Debatten, die hier nur bruchstückhaft wiedergegeben werden können, in einen logischen Zusammenhang und er meint zu wissen, was diese Erzählungen von Form zu

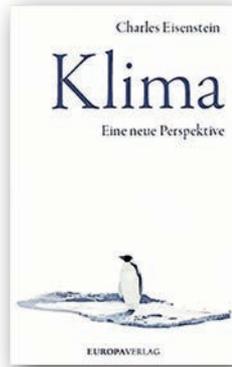
Form vorangetrieben habe. Es sei der Kampf für Gleichheit und Bildung gewesen, der die Wirtschaftsentwicklung und den menschlichen Fortschritt möglich gemacht habe. Nicht die Heiligsprechung von Eigentum, Stabilität und Ungleichheit.

Piketty widmet sich ausführlich der jüngeren Entwicklung. Zwischen 1980 und 2008 sei der Anteil am globalen Einkommenszuwachs, den sich die reichsten ein Prozent der Welt gesichert haben, bei 27 Prozent gelegen, gegenüber 13 Prozent für die Ärmsten 50 Prozent. Damit greift er die Studien seines vorhergehenden Werkes auf. Den Hauptgrund für die Entwicklung in Richtung zunehmender Ungleichheit sieht Piketty in der Entwicklung des Steuersystems gegeben. Er zeichnet detailliert nach, wie der Spitzensatz der Einkommenssteuer seit den 1970er Jahren in den meisten Staaten gesunken ist. Kritisch geht er dabei mit den Parteien der Arbeiterbewegung ins Gericht. Diese hätten sich zu Organisationen der Bildungsschichten entwickelt. Die Interessen der Arbeitenden seien so geschwächt worden.

Piketty ist davon überzeugt, dass zu Gunsten von Gleichheit ein Zusammenwirken verschiedener gesellschaftlicher Kräfte nötig ist. Gruppen unterschiedlicher Provenienz seien davon zu überzeugen, dass das, was sie miteinander verbindet, wichtiger sei als das, was sie voneinander trenne (vgl. S. 1177). Piketty: „Gerecht

Ist eine Gesellschaft, die allen, die ihr angehören, möglichst umfänglichen Zugang zu grundlegenden Gütern gewährt. Zu solchen Grundgütern zählen namentlich Bildung, Gesundheit, aber auch das Wahlrecht und, allgemeiner gesprochen, Partizipation, also Mitbestimmung und möglichst umfassende Teilhabe aller an den verschiedenen Formen gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, staatsbürgerlichen, politischen Lebens.“ (S. 1187) SW

Thomas Piketty: Kapital und Ideologie. C.H. Beck Verlag, München 2020; 1312 S.



„Klima“

von Charles Eisenstein

Charles Eisenstein ist schon seit längerer Zeit auf der Suche nach Antworten auf Fragen wie „Woher kommt die Ungerechtigkeit?“, „Wozu ist der Mensch auf der Erde?“. Dazu untersucht er insbesondere gemeinsame Vorstellungen und Geschichten, die die Grundlage unserer Zivilisation bilden.

Mit Klima legt er ein großartiges Werk vor, das einen umfassenden Blick auf die Klimadebatte wirft und über bekannte Sichtweisen hinausweist. Der gängigen Erzählung der Erderwärmung misstraut er, zählt sich aber nicht zu den Skeptikern. Vielmehr verweigert er sich dieser Grenzziehung und hinterfragt die verschiedenen Überzeugungen. Nicht die Uneinigkeit in der Bandbreite zwischen Skeptikern und Apokalyptikern ist das Problem, sondern die zugrundeliegenden gemeinsamen Annahmen, die weder gesehen noch hinterfragt werden. Dazu gehört, den Klimawandel nur quantitativ in CO₂-Werten, aber nicht qualitativ zu betrachten. Von einem Kampf gegen den Klimawandel zu sprechen, bezeugt ein tief verankertes Kriegsd Denken, das ebenso ein dominanter Aspekt des vorherrschenden Narrativs ist. Die Erzählung lautet, der Mensch sei ein Gegenüber der Natur, wobei er ihr eine eigene Wesenheit abspricht und in der Folge Ausbeutung legitimiert. Eine solche lineare und reduktionistische Sicht lässt es logisch erscheinen, einem Zuviel an CO₂ die einfache Lösung des Absenkens entgegenzusetzen. Reduktionistisch deshalb, weil die Gesamtheit aus dem Blick gerät: Auf der ganzen Welt wurden Ökosysteme zerstört, lange bevor die Industrialisierung für den Anstieg der Klimagase sorgte. Wälder und Moore haben eine enorme, in Zahlen schwer fassbare Aufnahmekapazität von CO₂. Diese Organe sind heute zu geschädigt, um eine

Erwärmung selbst abzufangen. Die Erde als lebenden Organismus mit eigenen Organen zu sehen, hilft zu verstehen, dass jedes einzelne Ökosystem bedeutsam für den ganzen Planeten ist. Die Verletzlichkeit der Erde wird sichtbar, aber auch ihre Fähigkeit zur Regeneration.

Mit dem Fokus auf die CO₂-Werte wird auch das Ziel der Klimaaktivistinnen und -aktivisten unnahbar. Wenn sich aber der Blick auf das Lokale richtet, kann eine Beziehung zu den Orten aufgebaut werden. Trotz globaler Krise, ja gerade deshalb, ist es notwendig, dass sich jeder und jede dem besonderen Landstrich zuwendet, dem er oder sie sich verbunden fühlt. So gewinnen auch die schützenden Tätigkeiten in ihrer Vielfalt wieder an Bedeutung; beispielsweise kann Vogelschutz neben dem angeblich sinnvolleren Windpark bestehen. Warum also ist in der gängigen Denkweise zum Klimawandel vorrangig die Rede von Kohle, Öl und Abgasen, nicht aber von Mooren, Humus und Wäldern?

Eisenstein ruft dazu auf, das Klimachaos aus der Perspektive von Gaia (der Welt als lebendem Organismus) und der biologischen Vielfalt zu sehen, zu der auch wir Menschen gehören. Dieses neue Paradigma geht nicht von Trennung aus, sondern von Interaktion. Die derzeitige Krise ist eine Initiation in einem Wandlungsprozess von der „Geschichte der Separation“ hin zu einer „Geschichte des Interbeing“ (S. 15). Dieser Begriff meint über eine wechselseitige Vernetzung hinaus die existenzielle Verbundenheit allen Seins auf der Welt. Ein Umstellen der industriellen Gesellschaft auf erneuerbare Energie reicht aus dieser Perspektive nicht aus; jeder Aspekt der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Politik muss sich auf die neue Geschichte des Interbeing ausrichten.

Eisenstein gelingt mit diesem Buch eine erfrischende Gratwanderung: Als Kulturphilosoph und Mathematiker hält er fundierte „wissenschaftliche“ Einsichten in Zusammenhänge von Kultur- und Naturphänomenen bereit – verliert aber nicht an Glaubwürdigkeit, wenn

er Empfindsamkeit als bedeutende menschliche Fähigkeit erkennt. Wo die Revolution Liebe ist, sind rationale Argumente hinfällig. Denn „in Wahrheit lieben wir die Welt um ihrer selbst willen, und nicht für das, was sie uns liefert“ (S. 207).

Mit der Akzeptanz eigener Irrationalität gewinnen seine Erläuterungen

vielmehr an Gewicht. Der Autor verharrt aber nicht bei philosophischen Erkenntnissen, sondern zeigt Wege auf, dieser neuen Richtung zu folgen, wo das Potenzial unseres Seins, unsere Menschlichkeit, zur Entfaltung kommen kann. Maßnahmen, die er am Ende des Buches sammelt, sind schon heute machbar, selbst wenn es nicht so schei-

nen mag. Vielerorts wird die Krise ein Vakuum hinterlassen, das mit Ideen gefüllt werden will, und auch ohne breiten Konsens und institutionelle Unterstützung können Maßnahmen gesetzt werden.

Charles Eisenstein: Klima. Eine neue Perspektive. Europa Verlag, München 2019; 400 S.

Komm, sei dabei!

Herbstausflug des SLÖ nach Krimml und Kaprun



Treffpunkt: Kaprun, Gästehaus Steger
Wann: Freitag, 25.9.2020 (18 Uhr) bis
Samstag 26.9.2020 (Abend)



www.nationalpark.at/de/attraktionen/ausflugsziele/krimmler-wasserfaelle/

Am **Freitag** treffen wir uns in Kaprun. Anschließend geht's zum gemütlichen Beisammensein.

Nach dem Frühstück am **Samstag** geht's zur Gletscherbahn Kaprun mit Führung durch Walter Bacher.

Danach fahren wir mit der Pinzgau-Bahn nach Krimml und radeln zurück nach Kaprun.



unser letzter Radausflug – Rupertigau 2016

Die Kosten für Zimmer und Frühstück belaufen sich auf ca. € 50,-. Die Führung bei den Gletscherbahnen ist im Zimmerpreis inbegriffen.

Ihr könnt das eigene Fahrrad mitnehmen bzw. in Kaprun eines ausleihen. Eine individuelle Verlängerung auf Sonntag ist im Gästehaus Steger möglich.

Bitte melde dich bei Dietmar Plakolm an, unter: d.plakolm@icloud.com

Arbeitswelt und Schule



AK-Präsident Peter Eder: Bei „Arbeitswelt und Schule“ bieten wir viel spannendes Wissen für Schülerinnen und Schüler. © AK/Neumayr

Die AK Salzburg bietet unterschiedliche Workshops und Vorträge für Schulklassen

Die Arbeiterkammer Salzburg engagiert sich stark in der Bildungspolitik, da Bildung als zentraler Schlüssel zu einem guten Leben verstanden wird. So hat etwa der Arbeitsklima Index der AK gezeigt, dass Menschen mit hohem Bildungsgrad bzw. mit hochwertigen beruflichen Qualifikationen zufriedener sind. Stichworte: Bessere Chancen am Arbeitsmarkt und höhere Einkommen.

Wichtig ist der AK einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit zu leisten. In Österreich wird Bildung nämlich noch immer häufig vererbt – die Art der Ausbildung eines jungen Menschen, hängt zumeist vom Bildungsgrad und vom Einkommen der Eltern ab.

Breites Angebot für Schulklassen

Die AK hat daher ein breites Angebot für Schulklassen entwickelt. Unter dem Titel „Arbeitswelt und Schule“ wird in Vorträgen und Workshops ein breiter Bogen gespannt: Angefangen von Basisinfos über Pflichtpraktika oder Ferialjobs über Tipps und Anleitungen zu Bewerbung oder Vorstellungsgespräch bis hin zu „Cash Fit“ mit nützlichen Tipps für junge Menschen, wie sie mit ihrem Einkommen ein Auslangen finden. Die AK ist mit ihrem Angebot am Puls der Zeit. In der Corona-Krise wurden die Bewerbungswshops und der „Shopping Guide“ als Online-Variante angeboten und 26 Mal erfolgreich durchgeführt.

Menschen, wie sie mit ihrem Einkommen ein Auslangen finden. Die AK ist mit ihrem Angebot am Puls der Zeit. In der Corona-Krise wurden die Bewerbungswshops und der „Shopping Guide“ als Online-Variante angeboten und 26 Mal erfolgreich durchgeführt.

Kompetenzberatung: Eigene Stärken erkennen

In Zusammenarbeit mit dem BFI Salzburg erhalten junge Menschen, die in Sachen Berufs- oder Ausbildungswahl noch unschlüssig sind, kostenlose Kompetenzchecks samt professioneller Auswertung. Die AK unterstützt zudem bei der Auswahl passender Bildungsangebote und Lernmöglichkeiten. Auch hier wurde mit der Corona-Krise auf die Online-Bildungsberatung umgestellt.

Angebot für Schulklasse buchen

Bei Interesse an einem Angebot steht Mag. Franz Fuchs-Weigl unter Tel. 0662/86 87 423 oder E-Mail: schule@ak-salzburg.at gerne zur Verfügung.

Eltern gesucht: Was kostet die Schule?



© stock.adobe.com
hedgehog94

Nicht nur zum Schulstart, sondern auch während eines Schuljahrs fallen verschiedene Ausgaben – wie etwa Beiträge und Selbstbehalte bei klassengemeinschaftlichen Anschaffungen oder Kosten für Ausflüge/Exkursionen/Eintritte – an. Kosten, die das Haushaltsbudget belasten. Vor allem wenn es um Familien geht, die über ein nur geringes Einkommen verfügen, mehrere Schulkinder haben oder alleinerziehend sind. Wie viel an finanzieller Belastung übers ganze Jahr konkret auf Salzburgs Familien zukommt, erheben die Arbeiterkammer und das Umfrageinstitut SORA mit der großen **AK-Schulkostenstudie 2020/21**.

Eltern gesucht – bitte mitmachen

„Es geht um Kostenwahrheit und Kostenklarheit. Je mehr Familien mitmachen, desto klarer wird das Bild und desto stärker können wir uns für Entlastungen stark machen“, ruft AK-Präsident Peter Eder Salzburgs Eltern zur Teilnahme auf, „speziell nach Corona, wenn viele Familienbudgets wegen Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit schmaler sind, zählt jeder Euro doppelt.“

Wer kann wie mitmachen?

Alle Eltern von Schulkindern – egal, welcher Schultyp (ausgenommen sind Berufsschulen) – können bei dieser Erhebung mitmachen. Familien, die teilnehmen wollen, können sich bis 30. September 2020 auf www.schulkosten.at registrieren. Unter dieser Adresse werden dann online die Kosten eingetragen, egal ob es um Schreibmaterial, Schulbücher und Hefte, Eintrittsgelder, Ausflüge oder Nachhilfe geht. Die Teilnahme ist auch via Smartphone möglich und kostenlos. Alle Angaben werden streng vertraulich behandelt. Als kleines Dankeschön werden unter den teilnehmenden Eltern monatlich tolle Sachpreise verlost.

Bei der Bewerbung zählt AK-Präsident Eder auch auf Unterstützung durch die Lehrerinnen und Lehrer. „Infomaterial, das an Eltern und Schülerinnen und Schüler verteilt werden kann, ist in der AK-Bildungsabteilung erhältlich.“

Kontakt: schule@ak-salzburg.at



Alpengasthaus & Jugendhotel
Venedigerhof 1200 m ü.d.M.

mit Gästehaus Düvelmeyer
www.venedigerhof.at

FERIENFREIZEITEN - SCHULSKIKURSE - PROJEKTWOCHEN - SCHULABSCHLUSSFAHRTEN
 für Familien, Vereine und Schulen

Herrlich sonnseitig auf 1200m gelegen. Panoramablick auf Groß- und Kleinvenediger.

180 Betten, Komfortzimmer, gemütliche Speise- und Aufenthaltsräume, Seminarraum mit Beamer, Internet und TV, Sat-TV und Video, W-Lan, Sauna, Infrarotkabine, Disco, Fitnessraum, Tischtennis- und Billardhalle, Luftgewehr-Schießstand, Sonnenterrassen, Freilandschach, Grillplatz, 2 Tennisplätze, Rasensportplatz, Beachvolleyballplatz, Abenteuerkinderspielplätze, Lagerfeuerstelle.

Beheiztes und überdachtes Freibad (Mai - Oktober). Fünf behindertengerecht adaptierte Zimmer.

Fam. Düvelmeyer · A-5741 Neukirchen a. Grv. · Tel. 06565/6326 · Fax: 6326-5
 E-Mail: info@venedigerhof.at · www.venedigerhof.at

Sprechstunden

Österreichische Post AG MZ 02Z030583 M
 Sozialdemokratischer Lehrerverein, Wartelsteinstraße 1, 5020 Salzburg

Mag. Dietmar Plakolm
 SLÖ-Landesvorsitzender

*Chefredakteurin
 und GÖD-FSG/SLÖ-
 Personalvertreterin
 der APS*

Telefonische

Mag. Diana Rathmayr

Vereinbarung

Erreichbar unter:

erbeten unter

*diana.rathmayr@
 aps.salzburg.at*

0660/4913141

Bei Unzustellbarkeit: Rücksendung an: Wartelsteinstraße 1, 5020 Salzburg, erbeten!